S 42 AY 50/17

Abteilung

Bemerkung

Deskriptoren

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Niedersachsen-Bremen

Sozialgericht Landessozialgericht Niedersachsen-

Bremen

Sachgebiet Asylbewerberleistungsgesetz

-

Kategorie Urteil

Rechtskraft

Analogleistungen Asylbewerberleistung Auffangversicherung Einfärbungslehre

Freistellungsanspruch Gesundheitsleistungen

Grundleistungen nach § 3 AsylbLG

notwendige Beiladung

Notwendigkeit der stationären

Krankenhausbehandlung

obligatorische Anschlussversicherung

örtliche Zuständigkeit psychiatrische Behandlung räumliche Beschränkung sonstige Leistungen

stationäre Krankenhausbehandlung Unerlässlichkeit für die Sicherung der

Gesundheit

verfassungskonforme Auslegung

Vorbezugszeit Wohnsitzauflage

1. Im Streit über den Anspruch der

leistungsberechtigten Person gegen den

Leistungsträger auf stationäre

Gesundheitsleistungen nach §§ 4, 6

AsylbLG ist der Träger des Krankenhauses nicht nach § 75 Abs. 2 SGG notwendig

beizuladen.

2. Nach rechtskräftigem Abschluss des Asylverfahrens und Erteilung einer

ausländerrechtlichen Duldung ist die

asylverfahrensrechtliche

Zuweisungsentscheidung nicht mehr für

die Bestimmung der örtlichen

Zuständigkeit nach § 10a AsylbLG

Leitsätze

- maßgeblich (Fortführung von LSG Celle vom 27.05.2011 <u>L 8 AY 31/11 B ER</u> juris Rn. 9).
- 3. Die Auslegung des Begriffs des gewöhnlichen Aufenthalts iSd § 10a Abs 2 S 1 AsylbLG orientiert sich nach der besonderen Legaldefinition in § 10a Abs 3 S 1 AsylbLG an den tatsächlichen Lebensverhältnissen der leistungsberechtigten Person. Im Einzelfall kann auch ein im Widerspruch zu aufenthalts- oder asylrechtlichen Vorgaben stehender Aufenthalt ein gewöhnlicher iSd § 10a Abs 3 S 1 AsylbLG sein.
- 4. Für Zeiträume vor dem 01.01.2011 kommt ein Absehen von der Vorbezugszeit als Voraussetzung für die Bewilligung von Analogleistungen nach § 2 Abs 1 AsylbLG im Wege einer telelogischen Reduktion nicht in Betracht (Anschluss an BSG vom 24.06.2021 B 7 AY 3/20 R juris Rn. 16). Dabei ist der bestandskräftig verfügte Bezug von nach § 1a AsylbLG eingeschränkten Leistungen nicht zu berücksichtigen, selbst wenn die Anspruchseinschränkung materiell rechtswidrig gewesen ist (vgl. BSG vom 17.06.2008 B 8/9b AY 1/07 R juris Rn. 24).
- 5. Die Abgrenzung der Gesundheitsleistungen nach § 4 Abs 1 S 1 AsylbLG und § 6 AsylbLG erfolgt danach, ob die Behandlung Schmerzzustände bzw. eine akute, also eine plötzlich auftretende, schnell und heftig verlaufende Erkrankung betrifft (Anwendungsbereich des § 4 Abs 1 S 1 AsylbLG) oder eine chronische, also eine langsam sich entwickelnde oder langsam verlaufende Erkrankung (Anwendungsbereich des § 6 Abs 1 S 1 Alt 2 AsylbLG).
- 6. Zur Beurteilung, ob Leistungen zur Sicherung der Gesundheit iSd § 6 Abs 1 S 1 Alt 2 AsylbLG unerlässlich sind, sind als Kriterien einzubeziehen zB die Qualität des betroffenen Rechtes

Intensität der tatsächlichen Beeinträchtigung im Falle der Leistungsablehnung sowie die voraussichtliche und bisherige Aufenthaltsdauer des Ausländers in Deutschland. Hierbei kommt auch der Entscheidung des BVerfG vom 18.07.2012 - 1 BvL 10/10 ua = BVerfGE 132. 134 = SozR 4-3520 § 3 Nr 2 eine besondere Bedeutung zu (Festhalten an LSG Celle vom 01.02.2018 - L 8 AY 16/17 **B ER** - juris Rn. 27). 7. Ein Anspruch auf Gesundheitsleistungen nach §§ 4, 6 AsylbLG unterliegt nicht den Vorgaben des besonderen Sachleistungssystems der gesetzlichen Krankenversicherung (Anschluss an LSG Hamburg vom 18.06.2014 - <u>L 1 KR 52/14 B ER</u> - juris Rn. 8. Die Leistungen nach §§ 4, 6 AsylbLG müssen allgemeinen Grundsätzen des gesetzlichen Krankenversicherungsrechts entprechen, insbesondere hat die Behandlung nach den Regeln der ärztlichen Kunst ausreichend und zweckmäßig zu erfolgen (vgl. § 28 Abs 1 S 1 SGB V). Sie muss wirtschaftlich sein und darf das Maß des Notwendigen nicht überschreiten (vgl. § 12 Abs 1 SGB V). Eine vollstationäre Krankenhausbehandlung muss insbesondere den speziell geregelten Aspekt des Wirtschaftlichkeitsgebots nach § 39 Abs 1 S 2 SGB V beachten. 9. Ob eine stationäre Krankenhausbehandlung nach §§ 4, 6 AsylbLG aus medizinischen Gründen notwendig ist, hat das Gericht im Streitfall uneingeschränkt zu überprüfen. Es hat dabei von dem im Behandlungszeitpunkt verfügbaren Wissens- und Kenntnisstand des verantwortlichen Krankenhausarztes auszugehen. Eine "Einschätzungsprärogative" kommt dem Krankenhausarzt nicht zu (vgl. BSG vom 25.09.2007 - GS 1/06 - juris).

(Grundrechtsrelevanz), Ausmaß und

Normenkette AsylbLG § 10

AsylbLG § 10a Abs 2 S 1 AsylbLG § 10a Abs 3 S 1

AsylbLG § 1a

AsylbLG § 2 Abs 1 AsylbLG § 4 Abs 1

AsylbLG § 6 Abs 1 S 1 Alt 2

AsylG § 50 Abs 4
SGB I § 30 Abs 3 S 2
SGB V § 12 Abs 1
SGB V § 28 Abs 1
SGB V § 39 Abs 1 S 2

SGG § 75 Abs 2

VwVfG § 3 Abs 1 Nr 3 lit a

VwVfG § 43 Abs 2

1. Instanz

Aktenzeichen S 42 AY 50/17 Datum 19.10.2018

2. Instanz

Aktenzeichen L 8 AY 47/18 Datum 06.10.2022

3. Instanz

Datum -

Auf die Berufung des Beigeladenen werden das Urteil des Sozialgerichts Hildesheim vom 19. Oktober 2018 und der Bescheid der Stadt Hildesheim vom 28. MĤrz 2017 in Gestalt des Widerspruchsbescheides des Beklagten vom 10. November 2017 aufgehoben.

Â

Der Beklagte wird verurteilt, der Klinikum Region Hannover GmbH, Hannover, 27.801,40 â□¬ für die stationäre Behandlung des Klägers in der Einrichtung KRH Psychiatrie H. vom 12. Februar bis zum 19. Juni 2013 zu zahlen. Im Ã□brigen wird die Klage abgewiesen.

Â

Der Beklagte hat die au̸ergerichtlichen Kosten des Klägers zu erstatten. Im Ã∏brigen sind keine Kosten zu erstatten.

Â

Die Revision wird zugelassen.

Â

Â

Tatbestand

Â

Im Streit ist die \tilde{A}_{\Box} bernahme von Kosten f \tilde{A}_{4} r einen \tilde{A}_{4} ber vier Monate w \tilde{A}_{2} nhrenden Krankenhausaufenthalt im ersten Halbjahr 2013 in H \tilde{A}_{4} nhe von etwa 28.000,00 \hat{a}_{\Box} , insbesondere die \tilde{A}_{4} rtliche Zust \tilde{A}_{2} ndigkeit des Leistungstr \tilde{A}_{2} nach dem AsylbLG.

Â

Der 1989 geborene Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\) ger ist t\(\tilde{A}\)\(\frac{1}{4}\)rkischer Staatsangeh\(\tilde{A}\)\(\tilde{q}\) riger, kurdischer Volkszugehörigkeit, und reiste im April 2002 nach Deutschland ein. Auf den unmittelbar nach Einreise gestellten Asylantrag wurde er der dem im Kreisgebiet des Beigeladenen liegenden Flecken I. zugewiesen (Bescheid der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerberinnen und Asylbewerber â∏∏ ZASt â∏∏ Braunschweig vom 2.10.2002). WĤhrend des Asylverfahrens, das fýr den Kläger erfolglos verlief (Bescheid des Bundesamtes fýr Migration und Flüchtlinge vom 11.10.2002; Urteil des Verwaltungsgerichts Hannover vom 12.2.2003 â∏∏ 1 A 5275/02 -), lernte er seine im Kreisgebiet des Beklagten, in Hildesheim lebende LebensgefĤhrtin kennen, eine italienische StaatsangehĶrige und die spĤtere Mutter eines im Oktober 2012 geborenen gemeinsamen Kindes. Eine im Juni 2003 beabsichtigte (freiwillige) Ausreise in die Türkei fand wegen eines Aufenthaltes des KlÄxgers im Nds. Landeskrankenhaus (LKH) Hildesheim und (nach Verlegung) im Nds. LKH H., spĤter umbenannt in Klinikum Region Hannover (KRH) Psychiatrie H., nicht statt. Hintergrund der stationĤren Behandlung war die schwere psychische Erkrankung des KlĤgers mit Verdacht auf eine AnpassungsstĶrung im Rahmen einer Abschiebesituation mit SuizidalitÃxt (ICD-10 F 43.2) und eine posttraumatische BelastungsstĶrung (PTBS) aufgrund einer Inhaftierung in der Türkei (ICD-10 F 43.1), die auch in der Folgezeit mehrere stationäre Aufenthalte in der Psychiatrischen Klinik in H. (bis 2005), dem LKH Hildesheim und im J. Krankenhaus, Hildesheim, erforderte sowie eine (ambulante) fachAxrztliche psychotherapeutische und medikamentĶse Behandlung beim sozialpsychiatrischen Dienst des Beklagten und in einer neurologischpsychiatrischen Gemeinschaftspraxis (jeweils in Hildesheim). Der KlĤger verfügte ab September 2003 â∏ zur Klärung seiner Reisefähigkeit â∏∏ über eine mit einer Wohnsitzauflage betreffend die Samtgemeinde/Stadt I. versehenen Duldung, die fortdauernd bis Oktober 2013 verlägingert wurde. Die Reisefäghigkeit wurde vom Gesundheitsamt des Beigeladenen 2006 und 2008 im Grundsatz bejaht, wegen der psychischen Erkrankung des Kl\(\tilde{A}\)\magers mit Suizidalit\(\tilde{A}\)\mathbb{x}t aber an Bedingungen geknüpft (u.a. an die im Heimatland gewährleistete Krankenbehandlung). Mehrere Anträge auf Ã∏nderung der Auflage (erstmals im

November 2003, sodann in den Jahren 2007 und 2011), um seinen regulĤren Wohnsitz bei seiner LebensgefĤhrtin in Hildesheim nehmen zu kĶnnen, hatten â∏ bis zur Anerkennung der Vaterschaft der gemeinsamen Tochter im September 2013 â∏ wegen der fehlenden Zustimmung der Stadt Hildesheim keinen Erfolg.

Â

Seinen Lebensunterhalt bestritt der KlĤger in der Anfangszeit seines Aufenthaltes in Deutschland durch Leistungen nach dem AsylbLG, von dem Beigeladenen $gew\tilde{A}xhrt f\tilde{A}\frac{1}{4}r die Zeit vom 10.2. bis 30.11.2003 und vom 14.4. bis 31.7.2004 (in$ dieser Zeit erhielt der KIĤger zudem ergĤnzende Leistungen nach dem Wohngeldgesetz) sowie vom 1.4.2008 bis 30.4.2009 nach § 3 AsylbLG und vom 1.8.2004 bis 31.3.2008 â∏∏ mit einer Unterbrechung vom 1.11.2006 bis 10.7.2007 wegen der Ortsabwesenheit des Klägers in I. â∏ nach § 1a AsylbLG, weil die AuslĤnderbehĶrde des Beigeladenen von einer nicht hinreichend geklĤrten IdentitÃxt des KIÃxgers und der Möglichkeit einer freiwilligen Ausreise ausging. Die Leistungen wurden schlieA⊓lich wegen der Aufnahme einer ErwerbstA¤tigkeit (Vollzeit) in Hildesheim zum 1.5.2009 eingestellt (Bescheid des Beigeladenen vom 14.5.2009). Ab dieser Zeit lebte der KlAzger in Hildesheim bei seiner LebensgefĤhrtin und deren Kindern. Aus diesem Grund lehnte der Beigeladene im August 2011 einen wegen der Kündigung eines Arbeitsverhältnisses (ebenfalls in Hildesheim) gestellten Antrag auf laufende Leistungen nach dem AsylbLG mangels örtlicher Zuständigkeit ab; diese richte sich nach dem tatsächlichen Aufenthalt des KlÄxgers in Hildesheim, weil sich die Zuweisungsentscheidung zum Flecken I. aus 2002 nach dem rechtskrÄxftigen Abschluss des Asylverfahrens erledigt habe (Bescheid vom 15.8.2011). Nach ̸nderung der Wohnsitzauflage erhielt der KlĤger ab November 2013 von der vom Beklagten insoweit herangezogenen Stadt Hildesheim Leistungen nach <u>§Â 3 AsylbLG</u> bzw. ab März 2015 nach <u>§ 2 AsylbLG</u>, bis die Leistungen wegen der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG zum 1.7.2015 eingestellt wurden (Bescheid der Stadt Hildesheim vom 27.5.2015).

Â

Vom 12.2. bis 19.6.2013 war der zu dieser Zeit nicht krankenversicherte KlĤger wegen einer schweren Episode einer rezidivierenden depressiven StĶrung (ICD-10 FÅ 33.2) mit latenter SuizidalitĤt und erstmals diagnostizierten Infektionen mit Syphilis und HIV im KRH Psychiatrie H. stationär aufgenommen. Obwohl er gemeinsam mit seiner Lebensgefährtin und drei Kindern (davon ein gemeinsames), die in dieser Zeit im Leistungsbezug nach dem SGB II standen (vgl. Bescheid des Jobcenters Hildesheim vom 25.9.2013), in Hildesheim lebte, gab er bei der Aufnahme in die Klinik als Adresse die Anschrift der Asylbewerberunterkunft in I. an; zugleich erklärte er, der Beigeladene habe ihm die Ã□bernahme von Krankenbehandlungskosten zugesichert. Die Ã□bernahme der Kosten, die sich nach der Endabrechnung vom 15.11.2013 auf 27.801,40 â□¬ belaufen, lehnten der Beklagte und der Beigeladene gegenüber dem Träger des Klinikums bestandskräftig ab (Bescheid der Stadt Hildesheim vom 4.4.2013 in Gestalt des Widerspruchsbescheides des Beklagten vom 19.8.2016; Bescheid des Beigeladenen

vom 27.5.2013). Nachdem dem mittlerweile (seit Juni 2013) unter Betreuung stehenden KlĤger vom Beigeladenen mit einem ohne Rechtsbehelfsbelehrung versehenen Schreiben vom 19.12.2013 â∏ unter Bezugnahme auf den Schriftverkehr mit dem Klinikum â∏ mitgeteilt worden war, dass eine Ã∏bernahme der Kosten für den stationären Aufenthalt nicht möglich sei, beantragte dieser, vertreten durch seinen Betreuer, am 21.1.2014 die Kostenübernahme bei der Stadt Hildesheim. Den von seinem Prozessbevollmächtigten am 20.7.2016 (erneut) gestellten Antrag auf Kostenübernahme lehnte der Beklagte u.a. mit der Begrþndung ab, er sei wegen des VerstoÃ∏es gegen die Wohnsitzauflage betreffend die Samtgemeinde/Stadt I. nicht örtlich zuständig nach dem AsylbLG, zudem sei die Bedürftigkeit des Klägers während des Krankenhausaufenthaltes nicht geklärt (Bescheid der Stadt Hildesheim vom 28.3.2017 in Gestalt des Widerspruchsbescheides des Beklagten vom 10.11.2017).

Â

Auf die hiergegen am 10.12.2017 erhobene Klage hat das Sozialgericht (SG) Hildesheim den Landkreis Nienburg/Weser nach $\frac{\hat{A}\$}{100}$ Abs. 1 SGG (einfach) beigeladen (Beschluss vom 22.3.2018) und diesen $\hat{A}_{1}^{\text{olime}}$ unter Abweisung der Klage im $\hat{A}_{1}^{\text{olime}}$ verurteilt, dem Kl $\hat{A}_{1}^{\text{olime}}$ ger die Behandlungskosten i.H.v. 27.801,40 $\hat{A}_{1}^{\text{olime}}$ zu gew $\hat{A}_{1}^{\text{olime}}$ hren (Urteil vom 19.10.2018). Zur Begr $\hat{A}_{1}^{\text{olime}}$ dung hat es u.a. ausgef $\hat{A}_{1}^{\text{olime}}$ die $\hat{A}_{1}^{\text{olime}}$ führtliche Zust $\hat{A}_{1}^{\text{olime}}$ nach $\hat{A}_{2}^{\text{olime}}$ die der Krankenbehandlung dient, ergebe sich f $\hat{A}_{1}^{\text{olime}}$ den nach $\hat{A}_{2}^{\text{olime}}$ 1 Abs. 1 Nr. 4 AsylbLG i.V.m. $\hat{A}_{1}^{\text{olime}}$ leistungsberechtigten Kl $\hat{A}_{1}^{\text{olime}}$ aus $\hat{A}_{2}^{\text{olime}}$ 10a Abs. 2 Satz 1 AsylbLG, weil er einen von der Wohnsitzauflage betreffend die Samtgemeinde/Stadt I. abweichenden gew $\hat{A}_{1}^{\text{olime}}$ hnlichen Aufenthalt nach $\hat{A}_{2}^{\text{olime}}$ 10a Abs. 3 AsylbLG (in Hildesheim) nicht habe begr $\hat{A}_{1}^{\text{olime}}$ auf Nds. OVG, Beschluss vom 5.12.2017 $\hat{A}_{1}^{\text{olime}}$ 13 ME 181/17 -).

Â

Hiergegen richtet sich die am 9.11.2018 eingelegte Berufung des Beigeladenen. Er macht geltend, für die örtliche Zuständigkeit für Leistungen in Einrichtungen nach <u>§ 10a Abs. 2 AsylbLG</u> bzw. zur Beurteilung des insoweit maÃ∏geblichen gewĶhnlichen Aufenthaltes der leistungsberechtigten Person sei weder auf die Zuweisung des KlĤgers in sein Kreisgebiet im Jahr 2002 noch auf die Wohnsitzauflage betreffend die Samtgemeinde/Stadt I. abzustellen. Die Zuweisung habe sich mit dem rechtskrĤftigen Abschluss des Asylverfahrens im Jahr 2003 erledigt (vgl. Senatsbeschluss vom 27.5.2011 â∏ L 8 AY 31/11 B ER -; LSG Baden-WÃ¹⁄₄rttemberg, Beschluss vom 1.8.2006 â_{□□} <u>L 7 AY 3106/06 ER-B</u> -). Die Auflage sei â∏∏ anders als nach der ab 2015 geltenden Rechtslage â∏∏ insoweit auch nicht ma̸geblich, so dass der gewöhnliche Aufenthalt des Klägers nach den tatsÃxchlichen UmstÃxnden zu beurteilen sei; dieser sei hier Hildesheim, der Ort, an dem der Kläger bereits langjäghrig mit seiner Lebensgefäghrtin zusammenlebe. Sinn und Zweck der gesetzlichen Regelungen, eine gerechte Lastenverteilung unter den TrAzgern zu gewAzhrleisten, seien hier nicht berA¼hrt, weil der KlÄger seit Mai 2009 keine lebensunterhaltssichernden Leistungen bezogen habe. Ungeachtet dessen sei dem KlAzger seit 2004 mehrfach das

Verlassen des Kreisgebietes des Beigeladenen für Besuche in Hildesheim erlaubt worden; spätestens mit der Geburt des gemeinsamen Kindes hätte die Stadt Hildesheim der Ã□nderung der Wohnsitzauflage zustimmen müssen. SchlieÃ□lich sei die Bedürftigkeit des Klägers während der Krankenbehandlung (noch) nicht geprüft worden. Wegen der Deckung des Bedarfs an Krankenbehandlung komme allenfalls eine Verurteilung zur Zahlung (direkt) an den Krankenhausträger in Frage.

Â

Der Beigeladene beantragt schriftsÄxtzlich,

Â

das Urteil des SG vom 19.10.2018 aufzuheben und die gegen ihn gerichtete Klage abzuweisen.

Â

Der KlAzger beantragt schriftsAztzlich,

Â

die Berufung zurückzuweisen, hilfsweise den Beklagten unter Aufhebung des Bescheides der Stadt Hildesheim vom 28.3.2017 in Gestalt des Widerspruchsbescheides des Beklagten vom 10.11.2017 zu verurteilen, der Klinikum Region Hannover GmbH, Hannover, 27.801,40 â□¬ für die stationäre Behandlung des Klägers in der Einrichtung KRH Psychiatrie H. vom 12.2. bis zum 19.6.2013 zu zahlen.

Â

Der Beklagte beantragt schriftsÃxtzlich,

Â

die Berufung zur $\tilde{A}\frac{1}{4}$ ckzuweisen, hilfsweise die gegen ihn gerichtete Klage abzuweisen.

Â

Sie halten die Entscheidung des SG fÃ 1 /4r zutreffend. Seinen Standpunkt im erstinstanzlichen Verfahren zusammenfassend macht der Beklagte geltend, die örtliche Zuständigkeit des Beigeladenen nach § 10a Abs. 1 und 2 AsylbLG ergebe sich aufgrund der Zuweisung des Klägers 2002 zum Flecken I.. Diese habe sich erst Ende 2013, zeitlich also nach Entlassung aus dem Krankenhaus im Juni 2013, mit der Erteilung einer Duldung durch die Stadt Hildesheim aus asylverfahrensunabhängigen GrÃ 1 /4nden wegen der familiären Verhältnisse des

Klägers, seiner Lebensgefährtin und des gemeinsamen Kindes erledigt. Auch hier gelte im Rahmen des <u>§ 10a Abs. 2 AsylbLG</u> als gewöhnlicher Aufenthalt wegen der gesetzlichen Fiktion aus <u>§ 10a Abs. 3 Satz 4 AsylbLG</u> immer der Zuweisungsort, ohne dass es auf die LebensverhĤltnisse der leistungsberechtigten Person ankomme; dies gelte erst recht bei einem â∏∏ wie hier â∏∏ rechtswidrigen Aufenthalt in dem Gebiet eines anderen Trägers wegen des VerstoÃ□es gegen eine Wohnsitzauflage. Gegen die Begründung der örtlichen Zuständigkeit aufgrund einer rechtswidrigen Verlegung des tatsÄxchlichen oder gewĶhnlichen Aufenthaltes durch die leistungsberechtigte Person spreche auch das Fehlen einer gesetzlichen Kostenerstattungsregelung auf Ebene der beteiligten LeistungstrĤger. Selbst wenn sich hier die Beurteilung des gewä¶hnlichen Aufenthaltes i.S. des § 10a Abs. 3 AsylbLG nach den tatsÃxchlichen UmstÃxnden richte, sei bei der Auslegung des Begriffs des gewĶhnlichen Aufenthaltes die Rechtsprechung des BSG zu berücksichtigen, nach der sich die konkrete normative Bedeutung dieses Begriffs erst aus dem Gesetz ergebe, das ihn verwendet und nach dessen Sinn und Zweck er ausgelegt werden m $\tilde{A}^{1}/_{4}$ sse (BSG, Urteil vom 27.1.1994 $\hat{a} \sqcap | 5 \text{ RJ } | 16/93 - 1$). Auch dies spreche dafür, als gewöhnlichen Aufenthalt i.S. des § 10a Abs. 2 AsylbLG bis zur Zustimmung zum Umzug und zur Aufhebung der rĤumlichen BeschrĤnkung den Bereich I. im Kreisgebiet des Beigeladenen anzusehen. Ohnehin sei der gewĶhnliche Aufenthalt des KlĤgers nach den tatsĤchlichen LebensverhĤltnissen wegen der Angabe der Anschrift in I. (Asylbewerberunterkunft) bei Aufnahme in die Psychiatrie nicht abschlie̸end geklärt. Sollte dieser in Hildesheim gewesen sein, sei wegen des VerstoÃ∏es gegen die Wohnsitzauflage auch <u>§ 11 Abs. 2 AsylbLG</u> zu berýcksichtigen, wonach Leistungsberechtigten in den Teilen der Bundesrepublik Deutschland, in denen sie sich einer asyl- und aufenthaltsrechtlichen r\tilde{A}\tilde{\text{z}}umlichen Beschr\tilde{A}\tilde{\text{z}}nkung zuwider aufhalten, die für den tatsächlichen Aufenthalt zuständige Behörde nur die nach den UmstĤnden unabweisbar gebotene Hilfe leisten darf; diese umfasse regelmäÃ∏ig nur Hilfen für die Rückkehr in den Bereich des rechtmäÃ∏igen Aufenthaltes. Nicht abschlieÃ∏end geklärt seien auch die Hilfebedürftigkeit des Klägers während der Krankenhausbehandlung und die leistungsrechtlichen Anspruchsvoraussetzungen im ̸brigen sowie das Bestehen einer Krankenversicherung, über die der Kläger (nach einer telefonischen Auskunft der AOK Niedersachsen) jedenfalls bis MAxrz 2012 verfA¼qt habe.

Â

Die Beteiligten haben sich mit einer Entscheidung ohne mýndliche Verhandlung durch Urteil einverstanden erklärt (Schriftsätze vom 8., 16. und 26.9.2022).

Â

der Akte des Amtsgerichts Hildesheim (- NZS 42 XVII A 634 -) betreffend die Betreuung des KlĤgers beigezogen. Diese Akten haben dem Senat vorgelegen und sind Gegenstand der Entscheidungsfindung gewesen.

Â

Â

EnTscheidungsgründe

Â

Der Senat entscheidet mit dem Einverst \tilde{A} xndnis der Beteiligten ohne m \tilde{A} y4ndliche Verhandlung durch Urteil (\hat{A} \hat{S} 124 Abs. 2 SGG).

Â

Die form- und fristgerecht (§ 151 SGG) eingelegte Berufung ist auch im Ã□brigen zulässig, insbesondere ohne Zulassung statthaft (§ 143, § 144 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGG). Sie ist i.S. der Aufhebung der gegen den Beigeladenen ergangenen erstinstanzlichen Entscheidung und der Verurteilung des Beklagten zur Ã□bernahme der Kosten der Krankenhausbehandlung begrþndet. Im Ã□brigen ist die Klage unbegrþndet.

Â

Gegenstand der kombinierten Anfechtungs- und Leistungsklage ($\hat{A}\S$ 54 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 4, $\hat{A}\S\hat{A}$ 56 SGG) ist der Bescheid der Stadt Hildesheim vom 28.3.2017 in Gestalt des Widerspruchsbescheides des Beklagten vom 10.11.2017 ($\hat{A}\S$ 95 SGG), durch den der f \hat{A}^{1} /4r den Kl \hat{A} ¤ger gestellte Antrag auf \hat{A} □bernahme der Kosten f \hat{A}^{1} /4r die Krankenhausbehandlung vom 12.2. bis zum 19.6.2013 abgelehnt worden ist. Da der Kl \hat{A} ¤ger die Leistung selbst beschafft, aber nicht vorfinanziert hat, hat sich der origin \hat{A} ¤re Sachleistungsanspruch nach \hat{A} § \hat{A} § 4, 6 AsylbLG (dazu auch gleich) gegen \hat{A}^{1} /4ber dem zust \hat{A} ¤ndigen Leistungstr \hat{A} ¤ger zur Vermeidung eines R \hat{A}^{1} /4ckgriffs in einen Anspruch auf Freistellung von den Kosten der Krankenhausbehandlung umgewandelt (vgl. dazu BSG, Urteil vom 30.10.2013 â \square B 7 AY 2/12 R \hat{A} â \square juris Rn. 28 m.w.N.).

Â

Der Senat ist nicht an einer Sachentscheidung gehindert. Insbesondere ist die Trägerin des KRH Psychiatrie H., die Klinikum Region Hannover GmbH, nicht nach $\frac{\hat{A}}{N}$ 75 Abs. 2 Alt. 1 SGG notwendig beizuladen, weil sie nicht derart an dem streitigen Rechtsverhältnis beteiligt ist, dass die Entscheidung auch ihr gegenýber nur einheitlich ergehen kann (echte notwendige Beiladung). Anders als im Sozialhilferecht ist der Leistungsanspruch nach dem AsylbLG, insbesondere auf Gesundheitsleistungen nach $\frac{\hat{A}}{N}$ 4, $\frac{\hat{A}}{N}$ 6 AsylbLG, nicht auf eine sog. Sachleistungsverschaffung, also auf eine Kostenýbernahme als Sachleistung im

weiten Sinne (Schuldbeitritt durch Verwaltungsakt mit Drittwirkung; zur ggf. notwendigen Beiladung des Leistungserbringers in diesen Fällen vgl. etwa BSG, Urteil vom 23.8.2013 â B 8 SO 10/12 R â I juris Rn. 10 m.w.N.) ausgerichtet, sondern originär auf eine Sachleistung (vgl. zu dem das AsylbLG prägenden Sachleistungssystem etwa BSG, Urteil vom 25.10.2018 â B 7 AY 1/18 R â I juris Rn. 17) bzw. â Wie bereits ausgeführt â I auf Freistellung von den Kosten. In diesen Fällen sind keine unmittelbaren Rechtsbeziehungen zwischen dem Krankenhausträger und dem zuständigen Leistungsträger berührt, weil der Vergütungsanspruch des Krankenhausträgers unabhängig davon besteht, ob der Patient mit seiner gegen den Leistungsträger nach dem AsylbLG gerichteten Klageforderung letztlich Erfolg hat oder nicht (vgl. zu der ebenfalls nicht notwendigen Beiladung des Krankenhausträgers zum Rechtstreit des Versicherten gegen die Krankenkasse schon BSG, Urteil vom 12.10.1988 â 3/8 RK 19/86 â J juris Rn. 16Â ff., 22).

Â

Ob in der vorliegenden Konstellation eine notwendige Beiladung eines KrankenversicherungstrĤgers nach <u>§ 75 Abs. 2 Alt. 1 oder</u> 2 SGG bzw. dessen Verurteilung nach <u>§Â 75 Abs. 5 SGG</u> überhaupt in Frage kommt (vgl. dazu etwa LSG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 11.3.2022 â∏∏ <u>L 15 SO 142/18</u>Â â∏∏ juris Rn. 48), kann hier dahinstehen, weil schon keine hinreichenden Anhaltspunkte für das Bestehen eines gesetzlichen Krankenversicherungsschutzes betreffend die stationäre Behandlung des Klägers im ersten Halbjahr 2013 vorliegen. Bereits bei Aufnahme des Klägers im KRH Psychiatrie H. ist die nicht geklärte Kostenübernahme thematisiert worden, ohne dass sich Hinweise auf eine Mitgliedschaft des KlĤgers in einer Krankenversicherung ergeben haben. Dies gilt auch fýr den weiteren Verlauf der stationären Behandlung, zu deren Ende die Bestellung eines Mitarbeiters des Beigeladenen als vorlĤufiger Betreuer erfolgt ist (Beschluss des AG Stolzenau vom 13.6.2013 â∏ 6 XVII 7342 -) und später â∏ mit einer Erweiterung der Aufgaben auch auf die Gesundheitssorge â□□ eines Mitarbeiters des Betreuungsvereins Hildesheim e.V. (Beschluss des AG Hildesheim vom 14.8.2013 â∏ 75 XVII A 634 -), der â∏ zunächst ohne anwaltlichen Beistand â∏∏ die Ã∏bernahme der Krankenhauskosten gegenüber dem Beigeladenen und dem Beklagten geltend gemacht hatte. Dass eine Mitgliedschaft des KlĤgers in einer gesetzlichen Krankenversicherung nach den Erkenntnissen des Beklagten (telefonische Auskunft der AOK Niedersachsen) nur bis MAxrz 2012 Bestand hatte, wird durch die bisherige, aus den AuslAxnderakten ersichtliche ErwerbstĤtigkeit des KlĤgers bestĤtigt. Danach ist der KlĤger erstmals vom 15.4. bis 9.5.2009 sozialversicherungspflichtig erwerbstÄxtig gewesen mit einer (Pflicht-)Mitgliedschaft bei der AOK Niedersachsen (§ 5 Abs. 1 Nr. 1 SGBÂ V). Im Anschluss ist er (ab Ende Juni 2009) einer geringfügigen Beschäftigung (Minijob) mit einem monatlichen Entgelt von unter 100,00 â□¬ nachgegangen sowie einer weiteren sozialversicherungspflichtigen BeschÄxftigung bei der K. GmbH in einem Umfang von ca. 30 Wochenstunden vom 14.11.2011 bis zum 28.3.2012. Mit Beendigung dieser BeschÄxftigung hat auch die Mitgliedschaft in der Krankenversicherung geendet (vgl. <u>§ 190 Abs. 2 SGB V</u> in der ab 1.1.1999 geltenden Fassung v. 16.12.1997, BGBI, I 2998). Dies entspricht den gegenÄ¹/₄ber

dem Beklagten gemachten Angaben der AOK Niedersachsen. Ein anderer Tatbestand einer Pflichtversicherung nach <u>§ 5 SGBÂ V</u> (in der vom 1.4.2012 bis zum 27.4.2014 geltenden Fassung, die die Vorschrift durch das Gesetz v. 22.12.2011, BGBl. I 3057, gefunden hat, a.F.) im Weiteren nicht vorgelegen, insbesondere nicht derjenige der Auffangversicherung nach <u>§ 5 Abs. 1 Nr. 13</u> lit. a SGB V a.F. (fþr zuletzt gesetzlich Krankenversicherte), weil der dem Kläger dem Grunde nach zustehende Anspruch auf Krankenhilfe nach § 4 AsylbLG (dazu eingehend spĤter) einen anderweitigen Anspruch auf Absicherung im Krankheitsfall darstellt (§ 5 Abs. 11 Satz 3 SGB V a.F.), der die Auffangversicherung ausschlieÃ⊓t. Die Regelungen zur obligatorischen Anschlussversicherung nach § 188 Abs. 4 SGB V (vgl. dazu BSG, Urteil vom 10.3.2022 â∏∏ B 1 KR 30/20 R â∏∏ juris) greifen hier ebenfalls nicht, weil sie erst mit Wirkung vom 1.8.2013 â∏ also zeitlich nach dem Krankenhausaufenthalt des Klägers â∏ in Kraft getreten sind (durch Gesetz v. 15.7.2013, BGBI. I 2423). Unter diesen UmstĤnden drĤngen sich weitere Ermittlungen zu einem mĶglicherweise aus anderen Grļnden bestehenden VersicherungsverhÄxltnis nicht auf.

Â

Schlieà lich ist neben dem Beigeladenen kein weiterer Leistungstrà ger nach dem AsylbLG nach § 75 Abs. 2 SGG notwendig beizuladen, insbesondere nicht die Region Hannover als möglicherweise für den tatsà chlichen Aufenthalt des Klà gers am Ort der Einrichtung in H. nach § 10a Abs. 1 Satz 2 (§ 10a AsylbLG in der vom 1.6.1997 bis zum 23.10.2015 geltenden Fassung, a.F.), § 10 AsylbLG i.V.m. § 2 Abs. 1 Satz 1 des Nds. Gesetzes zur Aufnahme von auslà ndischen Flüchtlingen und zur Durchführung des AsylbLG (Nds. AufnG) vom 11.3.2004 (Nds. GVBl. S. 100; geà ndert zum 1.1.2007 durch Gesetz vom 13.12.2007, Nds. GVBl. S. 710) und § 3 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 des Nds. Kommunalverfassungsgesetz vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576) zustà ndige Trà gerin, weil weder ein Sachverhalt eines nicht geklà rten gewà hnlichen Aufenthaltes (dazu spà ter) noch ein Eilfall i.S. des § 10a Abs. 2 Satz 3 AsylbLG a.F. vorliegt und sich damit die örtliche Zustà ndigkeit für Leistungen in Einrichtungen nach § 10a Abs. 2 AsylbLG a.F. allein nach dem gewà hnlichen Aufenthalt der leistungsberechtigten Person i.S. des § 10a Abs. 3 AsylbLG beurteilt.

Â

Der zum Zeitpunkt des stationären Aufenthaltes als Inhaber einer Duldung (§ 60a AufenthG) und damit dem Grunde nach gem. § 1 Abs. 1 Nr. 4 AsylbLG leistungsberechtigte Kläger hat gegen den Beklagten einen Anspruch nach §Â§ 4, 6 AsylbLG auf Freistellung von den Kosten der vom 12.2. bis zum 19.6.2013 durchgeführten Krankenhausbehandlung i.H.v. 27.801,40 â□¬.

Â

Der beklagte Kreis ist als nach Landesrecht sachlich zust \tilde{A} xndige Beh \tilde{A} rde (\hat{A} s10 AsylbLG i.V.m. \hat{A} s2 Abs. 2 Satz 1 Nds. AufnG) nach \hat{A} s10 Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 Satz 1 AsylbLG a.F. auch \hat{A} rdie geltend gemachten Leistungen in

Einrichtungen. Danach ist für die Leistungen in Einrichtungen, die â∏ wie hier â∏ der Krankenbehandlung (oder anderen MaÃ∏nahmen nach diesem Gesetz) dienen, die Behörde örtlich zuständig, in deren Bereich der Leistungsberechtigte seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Zeitpunkt der Aufnahme hat oder in den zwei Monaten vor der Aufnahme zuletzt gehabt hat (§Â 10a Abs. 2 Satz 1 AsylbLG a.F.). Als gewöhnlicher Aufenthalt i.S. dieses Gesetzes gilt der Ort, an dem sich jemand unter Umständen aufhält, die erkennen lassen, dass er an diesem Ort oder in diesem Gebiet nicht nur vorübergehend verweilt (§ 10a Abs. 3 Satz 1 AsylbLG a.F.; zum Begriff des gewöhnlichen Aufenthalts i.S. § 10a Abs. 3 AsylbLG gleich mehr).

Â

Abweichend hiervon enthÃxlt § 10a Abs. 3 Satz 4 AsylbLG a.F. eine gesetzliche Fiktion, nach der der Bereich der Zuweisungs- bzw. Verteilungsentscheidung nach § 10a Abs. 1 Satz 1 AsylbLG a.F. als gewöhnlicher Aufenthalt der leistungsberechtigten Person gilt. Diese Regelung ist hier allerdings nicht einschlägig, weil sich die Zuweisungsentscheidung der ZASt Braunschweig vom 2.10.2002 zum Flecken I. bereits 2003 auf andere Weise erledigt hatte (§ 43 Abs. 2 VwVfG i.V.m. § 1 NVwVfG). Die in Rechtsprechung und Literatur umstrittene Frage, bis wann die asylrechtliche Zuweisungsentscheidung i.S. des § 50 Abs. 4 AsylG wirksam und damit für die Zuständigkeitsbestimmung nach §Â 10a Abs. 1 Satz 1 AsylbLG maà geblich ist (zum Streitstand vgl. Scheider in GK-AsylbLG, Stand Mai 2022, <u>§ 10a AsylbLG</u> Rn. 41 f. m.w.N.), hat der Senat entsprechend der ganz h.M. bereits in der Weise beantwortet, dass die Zuweisung nach rechtskrÄxftigem Abschluss des Asylverfahrens und Erteilung einer auslĤnderrechtlichen Duldung â∏ hier erstmals im September 2003 aufgrund des Gesundheitszustandes des KIägers zur KIärung von Reisefähigkeit und damit aus asylverfahrensunabhängigen Gründen â∏∏ gegenstandslos wird (Senatsbeschluss vom 27.5.2011 â∏∏ <u>L 8 AY 31/11 B ER</u> â∏∏ juris Rn. 9; ebenso LSG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 12.1.2006 â∏ <u>L 20 B 11/05 AY ER</u> â∏∏ juris Rn. 25; LSG Baden-WÃ¹⁄₄rttemberg, Beschluss vom 1.8.2006 â∏∏ <u>L 7 AY 3106/06 ER-B</u> â∏∏ juris Rn. 5; Hessisches LSG, Urteil vom 6.10.2011 â∏∏ <u>L 9 AY 8/08</u> â∏∏ juris Rn. 27; SG Aachen, Beschluss vom 30.10.2015 â∏ <u>SÂ 19 AY 10/15 ER</u> â∏ juris Rn. 15; SG Hildesheim, Urteil vom 23.10.2012 â∏ S 42 AY 127/08 â∏∏ juris Rn. 52; so bereits OVG Niedersachsen, Beschluss vom 11.8.1998 â∏∏ 4 M 3575/98 â∏∏ juris Rn. 15 und OVG Nordrhein-Westfalen, Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 30.3.2001 â∏ 16 B 44/01 â∏ juris Rn. 4 f. m.w.N. zur verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung; Leopold in Grube/Wahrendorf/Flint, SGB XII, 7. Aufl. 2020, § 10a AsylbLG Rn. 13; Scheider in GK-AsylbLG, Stand Mai 2022, § 10a AsylbLG Rn. 42; Herbst in Mergler/Zink, SGB XII, <u>§ 10a AsylbLG</u> Rn. 15; Deibel, ZFSH/SGB 2012, 189, 190 f.). An dieser Rechtsprechung hÃxlt der Senat nach erneuter Prüfung fest. Diese Auslegung entspricht den aus den Gesetzesmaterialien zur EinfA¼hrung der Vorschrift zum 1.6.1997 (BGBI I 1997, 1130) zu entnehmenden Willen des Gesetzgebers (BT-Drs. 13/2746, S. 18), nach dem die ZustĤndigkeitsbestimmung nach der Verteilungs- bzw. Zuteilungsentscheidung für den â∏Kreis der Asylsuchenden $\hat{a} \square \square$ gelten soll und $\hat{a} \square \square f \tilde{A} \frac{1}{4} r$ die $\tilde{A} \frac{1}{4} b r i g en$ Leistungsberechtigten ma̸gebend ist, wo sie sich tatsächlich aufhaltenâ∏∏ (vgl. <u>§ 10a Abs. 1 Satz 2</u>

AsylbLG a.F.). Dem Sinn und Zweck des § 10a Abs. 1 AsylbLG, durch eine bundeseinheitliche Vorschrift die Kostenerstattung zwischen den Leistungsbehörden â∏in den Fällen, in denen sich der Leistungsberechtigte im ZustĤndigkeitsbereich einer anderen BehĶrde aufhĤlt und diese mit Leistungen eintreten mussâ∏∏, zu regeln (<u>BT-Drs. 13/2746, S. 18</u>), wird bei einem VerstoÃ∏ gegen eine rĤumliche BeschrĤnkung durch die in diesen FĤllen nach <u>§ 11 Abs.</u> 2 AsylbLG eingeschrÄxnkte Hilfe (dazu auch spÄxter) Rechnung getragen (vgl. ausführlich Senatsbeschluss vom 20.2.2014 â \sqcap \sqcap <u>L 8 AY 98/13 B ER</u> â \sqcap \sqcap juris Rn. 24 ff., 29 f.). Auch wenn der Gesetzgeber das AsylbLG â∏ unter Berücksichtigung fürsorgerischer Elemente â∏ im Kern als Regelung des Aufenthalts- und Niederlassungsrechts von AuslĤndern nach dem Asylverfahrensgesetz verstanden hat (BT-Drs. 12/4451, S. 5, vgl. dazu auch BSG, Urteil vom 25.10.2018 â∏ B 7 AY 2/18 R â∏∏ juris Rn. 16), sprechen aus diesem Grund systematische Erwägungen, die Wirksamkeit der Zuweisungsentscheidung von dem Bestehen der asylrechtlichen r\tilde{A}\tilde{\text{umlichen Beschr\tilde{A}}\tilde{\text{nkung (\tilde{A}\tilde{\text{S}} 56 AsylG) abh\tilde{A}\tilde{\text{ngig zu machen}} (so die Gegenmeinung, vgl. insb. Groth in jurisPK-SGB XII, 3. Aufl. 2020, § 10a AsylbLG Rn. 33; LSG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 12.5.2010 â∏∏ L 15 AY 2/10 B ER â∏∏ juris Rn. 14), nicht entscheidend gegen die herrschende Rechtsauffassung, zumal die ggf. über das beendete Asylverfahren hinaus wirksame räumliche Beschränkung als eigenständige Verfþgung nicht (mehr) in einem direkten Zusammenhang mit der Zuweisungsentscheidung steht (so zutreffend Scheider, a.a.O.; vgl. auch OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 10.3.2010 â∏∏ $\frac{18 \text{ B } 1702/09}{10.3.2010}$ â∏∏ juris Rn. 10).

Â

Die Auslegung des Begriffs des gewĶhnlichen Aufenthalts i.S. des § 10a Abs. 2 Satz 1 AsylbLG a.F. orientiert sich damit nach der besonderen Legaldefinition in § 10a Abs. 3 Satz 1 AsylbLG a.F., nach der â∏ wie nach der allgemeinen Definition in § 30 Abs. 3 Satz 2 SGBÂ IÂ â∏ die tatsÃxchlichen LebensverhÃxltnisse (â□□Umständeâ□□) der leistungsberechtigten Person maÃ□geblich sind. Gegen eine von dieser Definition abweichende, aber vom SG befýrwortete Auslegung, nach der ein gewä¶hnlicher Aufenthalt generell nicht anzunehmen ist, wenn der Aufenthalt der Person nicht mit ordnungsrechtlichen Vorgaben zu vereinbaren ist (z.B. bei einem Versto̸ gegen eine räumliche Beschränkung, Wohnsitzauflage), spricht bereits, dass dem Gesetzeswortlaut zusÄxtzliche Tatbestandsmerkmale i.S. von rechtlichen Erfordernissen zum Aufenthalt nicht zu entnehmen sind (zu §Â 7 SGBÂ II vgl. auch BSG, Urteil vom 30.1.2013 â $\Pi\Pi$ B 4 AS 54/12 R â $\Pi\Pi$ juris Rn. 19 sowie Senatsbeschluss vom 25.11.2021 â∏∏ L 8 SO 207/21 B ER â∏∏ juris Rn. 17; zum SGBÂ XII vgl. etwa Hessisches LSG, Urteil vom 7.6.2017 â∏∏ <u>L 4 SO 88/16</u> â∏∏ juris Rn. 31 m.w.N.). Auch die Gesetzesmaterialien lassen einen solchen Schluss nicht zu. Die eigenstĤndige Definition mit dem Anwendungsbereich im AsylbLG dient insoweit nur der Klarstellung, weil <u>§ 30 SGBÂ I</u> auf dieses Sondergesetz nicht anwendbar ist (vgl. BT-Drs. 13/2746, S. 18). Zudem ist in systematischer Hinsicht zu berücksichtigen, dass der räumlichen Beschränkung während des Asylverfahrens bereits durch die gesetzliche Fiktion des <u>§Â 10a Abs. 3 Satz 4</u> AsylbLG a.F. Rechnung getragen wird, nach der der gewĶhnliche Aufenthalt bei Vorliegen einer (wirksamen) Zuweisungsentscheidung allein nach dieser und nicht

nach den tatsÄxchlichen LebensverhÄxltnissen bestimmt wird. So werden rechtliche Erfordernisse bei der Bestimmung des gewĶhnlichen Aufenthaltes i.S. des § 10a Abs. 2 Satz 1 AsylbLG a.F. einbezogen, ohne dass dies bei der Auslegung des Begriffs i.S. des § 10a Abs. 3 Satz 1 AsylbLG a.F. geboten oder auch nur angezeigt ist. Die in dieser Hinsicht früher von dem für die Rentenversicherung und das Erziehungsgeld zustÄxndigen 4. Senat des BSG vertretene sog. EinfĤrbungslehre, nach der die Begriffe Wohnsitz bzw. gewĶhnlicher Aufenthalt ihre konkrete rechtliche Bedeutung jeweils erst aus dem Zusammenhang der Normen erhalten, die den Begriff verwenden (vgl. BSG, Urteil vom 3.4.2001 â∏ B 4 RA 90/00 R â∏ juris Rn. 17), hat sich in der sozialgerichtlichen Rechtsprechung nicht durchgesetzt (vgl. nur BSG, Urteil vom 30.1.2013 â∏ B 4 AS 54/12 R â∏∏ juris Rn. 19 m.w.N.). Es ist allein Sache des Gesetzgebers, eine bereichsspezifische EinschrÄxnkung dieser Begriffe durch eine formal-gesetzliche Modifikation vorzunehmen (zur Kritik an der sog. EinfĤrbungslehre Pitz in jurisPK-SGBÂ I, 3. Aufl. 2018, § 30 Rn. 52). Die rechtspolitische Notwendigkeit einer EinschrĤnkung des Begriffs des gewĶhnlichen Aufenthalts hat der Gesetzgeber etwa bei der Ã□nderung des <u>§ 10a Abs. 3 Satz 4 AsylbLG</u> zum 24.10.2015 (<u>BGBl. I 2015, 1722</u>) betreffend das Bestehen einer Wohnsitzauflage fýr einen bestimmten Bereich erkannt. Auch die vom SG in Bezug genommene verwaltungsgerichtliche Rechtsprechung zur Auslegung des Begriffs des gewä¶hnlichen Aufenthaltes i.S. des <u>§Â 3 Abs. 1 Nr. 3</u> lit. a VwVfG im Rahmen der Bestimmung der örtlichen Zuständigkeit der Ausländerbehörde, nach der ein VerstoÃ∏ gegen räumliche AufenthaltsbeschrĤnkungen in der Regel der Annahme eines gewĶhnlichen Aufenthaltes entgegensteht (vgl. jüngst etwa OVG Bremen, Urteil vom 13.6.2022 â∏ 2 B 98/22 â∏∏ juris Rn. 11 m.w.N.), ist auf das Leistungsrecht nach dem AsylbLG nicht ohne weiteres zu übertragen (a.A. etwa SG Hildesheim, Urteil vom 23.10.2012 â∏∏ <u>S 42 AY 127/08</u> â∏∏ juris Rn. 53) bzw. führt hier nicht zu einem anderen Ergebnis. Unter Berücksichtigung der tatsÃxchlichen UmstÃxnde des Einzelfalles kann nÄmmlich auch nach dieser Rechtsprechung ein im Widerspruch mit aufenthalts- oder asylrechtlichen Vorgaben stehender Aufenthalt jedenfalls dann als gewA¶hnlicher anzusehen sein, wenn nach der Handhabung der einschläugigen Vorschriften durch die (Ordnungs- bzw. Ausläunder-)Behä¶rden davon auszugehen ist, dass der Leistungsberechtigte sich nicht nur vorübergehend, sondern auf nicht absehbare Zeit an dem Ort aufhÃxlt (in diese Richtung zur Ķrtlichen ZustĤndigkeit nach <u>§ 86 SGBÂ VIII</u> auch BVerwG, Urteil vom 2.4.2009 â∏ 5Â C 2/08 â∏∏ juris Rn. 24).

Â

Nach diesen Ma̸gaben hatte der Kläger seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Zeitpunkt der Aufnahme im KRH Psychiatrie H. am 12.2.2013 und auch in den zwei Monaten vor der Aufnahme ohne jeden Zweifel in Hildesheim, wo er spätestens seit Mitte 2009 bei seiner Lebensgefährtin und deren Kindern seinen Lebensmittelpunkt hatte. HierfÃ⅓r sprechen sämtliche Umstände des Einzelfalles, insbesondere die in und in der Umgebung von Hildesheim ausgeÃ⅓bten Erwerbstätigkeiten des Klägers, die dort in Anspruch genommenen ambulanten Therapien und Gesprächsangebote des sozialpsychiatrischen Dienstes des Beklagten, die Einstellung der Leistungen nach dem AsylbLG (auch betreffend

die Unterkunft in I.) durch den Beigeladenen Mitte 2009 und die Angaben des KlĤgers und über ihn in den ausländer- und leistungsrechtlichen Verwaltungs- und in dem gerichtlichen Betreuungsverfahren. Für die vom Beklagten vorgehaltene Angabe der Anschrift in I. bei der stationären Aufnahme im Februar 2013 gibt es dagegen eine naheliegende Erklärung; sie passte zu der vom Kläger â∏ womöglich wahrheitswidrig â∏ angegebenen Zusicherung des Beigeladenen, die Behandlungskosten zu übernehmen. Dass der Kläger seit Jahren gegen die Wohnsitzauflage betreffend die Samtgemeinde/Stadt I. verstoÃ∏en hat, fþhrt hier nicht zu einer anderen Bewertung, weil die Auflage wegen des Vollzugsdefizits auf Seiten des Beigeladenen, aber auch der Stadt Hildesheim, deren an den Kläger gerichtete Aufforderungen ab September 2011, nach I. umzuziehen, im Ergebnis folgenlos geblieben sind, faktisch ohne Bedeutung gewesen ist (vgl. zu einem ähnlich gelagerten Fall BVerwG, Urteil vom 7.7.2005 â∏ 5 C 9/04 â∏ juris Rn. 17).Â

Â

Einer Leistungspflicht des Beklagten steht nicht â∏ auch nicht zeitabschnittsweise â∏ entgegen, dass ihm bzw. der von ihm herangezogenen Stadt Hildesheim die Aufnahme des KlĤgers vom KRH Psychiatrie H. erst am 12.3.2013, also einen Monat nach Aufnahme, im Rahmen eines Kostenübernahmeantrages angezeigt worden ist. Nach der Rechtsprechung des BSG zur Rechtslage bis zum Inkrafttreten des <u>§ 6b AsylbLG</u> zum 1.3.2015 (<u>BGBI I 2014, 2187</u>) ist <u>§ 18 SGB XII</u> im Leistungsrecht des AsylbLG, jedenfalls nach den <u>§Â§ 3</u> bis <u>7 AsylbLG</u>, nicht entsprechend anwendbar (gewesen), weil insoweit â∏∏ anders als im SGB XII â∏∏ kein Bedarf für eine Regelung bestanden habe, die das Einsetzen der Leistung normiert. Der Leistungsanspruch ist damit nicht abhĤngig von einem Antrag oder der Kenntnis der BehĶrde, sondern besteht bereits bei Vorliegen der tatbestandlichen Voraussetzungen (vgl. BSG, Urteil vom 30.10.2013 â∏ B 7 AY 2/12 R â∏ Rn. 21, 22; vgl. auch LSG Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 6.5.2013 â∏∏ L 20 AY 145/11 â∏ juris Rn. 61 m.w.N.). Diese nicht unumstrittene (vgl. zur Kritik etwa Frerichs in jurisPK-SGB XII, 2. Aufl. 2014, <u>§ 4 AsylbLG</u> Rn. 32Â ff.) Rechtsprechung, die Anlass für die Einführung des Kenntnisgrundsatzes nach § 6b AsylbLG im Jahr 2015 gewesen ist (vgl. BT-Drs. 18/2592, S. 26), legt der Senat seiner Entscheidung zu Grunde. Ob diese Rechtsprechung auch gegen eine entsprechende Anwendung des § 18 SGB XII nach § 2 Abs. 1 AsylbLG (in der vom 28.8.2007 bis 28.2.2015 geltenden Fassung vom 19.8.2007, Â a.F.) spricht, kann dahinstehen, weil sich der Anspruch des KlÄxgers auf Gesundheitsleistungen aus §Â§ 4, 6 AsylbLG ergibt.

Â

Dem Kläger steht nämlich ein Anspruch auf Krankenhilfe nach <u>§ 2 Abs. 1</u>
AsylbLG a.F. i.V.m. dem Fþnften Kapitel des SGB XII nicht zu. Nach <u>§ 2 Abs. 1</u>
AsylbLG a.F. war abweichend von den <u>§Â§ 3</u> bis <u>7 AsylbLG</u> das SGB XII auf diejenigen Leistungsberechtigten entsprechend anzuwenden, die þber eine Dauer von insgesamt 48 Monaten Leistungen nach <u>§ 3 AsylbLG</u> erhalten haben und die Dauer des Aufenthalts nicht rechtsmissbräuchlich selbst beeinflusst haben.

Nach der Rechtsprechung des BSG ist an dem Erfordernis eines 48 Monate wÄxhrenden Leistungsbezugs (sog. Vorbezugszeit) trotz erheblicher verfassungsrechtlicher Bedenken, weil nach Ablauf von vier Jahren die Annahme eines nur kurzen Aufenthalts mit mĶglicherweise spezifisch niedrigem Bedarfen nicht gerechtfertigt ist (vgl. BVerfG, Urteil vom 18.7.2012 â∏∏ 1Â BvL 10/10 u.a. â∏ juris Rn. 93), nach allgemeinen Auslegungsmethoden und aus Gründen der Rechtssicherheit festzuhalten, u.a. weil das BVerfG von seiner ihm ausschlie̸lich zustehenden Verwerfungskompetenz allein im Hinblick auf die unzureichende HĶhe der Grundleistungen Gebrauch gemacht hat und das Gesetz inzwischen vollstĤndig durch den Gesetzgeber reformiert und die Vorbezugszeit in eine reine Wartefrist geändert worden ist (vgl. BSG, Urteil vom 24.6.2021 â∏ B 7 AY 3/20 R â∏ juris Rn. 16; im Ergebnis ebenso OVG Bremen, Urteil vom 18.12.2013 â∏ S3 A 205/12 â∏∏ juris Rn. 82 ff.). Dieser Rechtsprechung schlieÃ∏t sich der Senat auch in Bezug auf die hier streitgegenstĤndlichen Gesundheitsleistungen mit der Ma̸gabe an, dass der Rechtsprechung des BVerfG zur Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums nach Art. 1 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 20 Abs. 1 GG (grundlegend sog. Regelsatzurteil vom 9.2.2010 â∏ 1Â BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09 â∏∏ BVerfGE 125, 175; BVerfG, Urteil vom 18.7.2012 â∏ \hat{A} 1 BvL 10/10, 1 BvL 2/11 â∏∏ BVerfGE 132, 134; BVerfG, Beschluss vom 23.7.2014 â∏∏ 1Â BvL 10/12, 1 BvL 12/12, 1 BvR 1691/13 â ☐ BVerfGE 137, 34; BVerfG, Beschluss vom 27.7.2016 â∏ 1 BvR 371/11 â∏ BVerfGE 142, 353; BVerfG, Urteil vom 5.11.2019 â∏∏ 1 BvL 7/16 â∏∏ BVerfGE 152, 68) und der herausragenden Bedeutung der Gesundheit als Grundlage aller anderen Grundrechte (vgl. etwa Eichenhofer, ZAR 2013, 169 ff., 173) durch eine verfassungskonforme Auslegung der <u>§Â§ 4, 6</u> AsylbLG â∏ insbesondere bei einem nicht nur vorübergehenden Aufenthalt des Ausländers in Deutschland â∏∏ hinreichend Rechnung zu tragen ist (st. Rspr. des Senats, vgl. etwa Beschluss vom 1.2.2018 $\hat{a} \square \square \underline{L 8 \text{ AY } 16/17 \text{ B ER}} \hat{a} \square \square \text{ juris Rn. 27};$ vgl. auch LSG Mecklenburg-Vorpommern, Beschluss vom 28.8.2019 â∏∏ L 9 AY 13/19 B ER â∏ juris Rn. 25; Hessisches LSG, Beschluss vom 11.7.2018 â∏ L 4 AY 9/18 B ER â∏∏ juris Rn. 28; SG Osnabrýck, Beschluss vom 4.9.2018 â∏∏ S 44 AY 12/18 ER â∏∏ juris Rn. 58 f.; Deibel, ZFSH/SGB 2012, 582, 585; KrauÃ∏ in Siefert, AsylbLG, 2. Aufl. 2020, § 4 AsylbLG Rn. 10Â ff.; Greiser/Frerichs, SGb 2018, 213 ff.; Frerichs in jurisPK-SGB XII, 3. Aufl. 2020, §Â 4 AsylbLG Rn. 33 und § 6 AsylbLG Rn. 36; Langer in GK-AsylbLG, Stand Oktober 2019, § 4 Rn. 17; dazu auch gleich). Nach der auf die o.g. AsylbLG-Entscheidung des BVerfG revidierten Rechtsprechung des BSG aus 2015 ist <u>§ 2 Abs. 1 AsylbLG</u> a.F. (lediglich) verfassungskonform dahin auszulegen, dass für die Erfüllung der dort verlangten Vorbezugszeit auch der Bezug von hĶheren Leistungen als den Grundleistungen ausreicht, weil von einem nur vorļbergehenden Aufenthalt und einer fehlenden Integration jedenfalls dann nicht mehr die Rede sein kann, wenn Leistungen bezogen werden, die der Gesetzgeber A¼berhaupt erst im Falle eines verfestigten Aufenthalts gewĤhrt (BSG, Urteil vom 28.5.2015 â∏∏ <u>B 7 AY 4/12Â R</u> â∏∏ juris Rn. 24).

Â

Nach diesen Ma̸gaben ist bei dem Kläger die Vorbezugszeit i.S. des § 2 Abs. 1 AsylbLG a.F. nicht erfüllt. Bis Februar 2013 hat er Grundleistungen oder höhere Leistungen nicht A¼ber einen Zeitraum von 48 Monaten bezogen, sondern vom Beigeladenen lediglich vom 10.2. bis 30.11.2003 sowie vom 14.4. bis 31.7.2004 (nach § 3 AsylbLG bzw. ergänzende Leistungen nach dem WoGG) und vom 1.4.2008 bis zum 30.4.2009, mithin $\tilde{A}^{1/4}$ ber einen Zeitraum von etwa 26 Monaten. Selbst unter Berücksichtigung eines (nicht geklärten) Grundleistungsbezugs während seines Aufenthaltes in der ZASt Braunschweig ab Einreise in das Bundesgebiet (am 9.2.2002) bis zu der Zuweisung zum Beigeladenen (zum 10.10.2002), also über einen Zeitraum von etwa acht Monaten, ist die Vorbezugszeit nicht erfüllt. Dies gilt selbst dann, wenn sogar Zeiten ohne jeglichen (Sozial-)Leistungsbezug aufgrund bedarfsdeckenden Einkommens ebenfalls als Vorbezugszeiten zu berýcksichtigen wären (so LSG Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 30.3.2017 $\hat{a} \square \square \underline{L 6 \text{ AS } 2268/15}$ $\hat{a} \square \square$ juris Rn. 31), weil der KIäger nur vom 15.4. bis 9.5.2009 und vom 14.11.2011 bis zum 28.3.2012 über ein entsprechendes Erwerbseinkommen verfügt hat, mithin über einen Zeitraum von etwa fünfeinhalb Monaten. Der Bezug von nach § 1a AsylbLG eingeschrĤnkten Leistungen in der Zeit vom 1.8.2004 bis 31.3.2008 (mit Unterbrechungen, u.a. wegen der Einstellung der Leistungen aufgrund Ortsabwesenheit) ist in diesem Zusammenhang nicht zu berĽcksichtigen, weil diese Leistungen niedriger als die Grundleistungen nach § 3 AsylbLG sind und nicht wegen eines verfestigten Aufenthalts in Deutschland gewĤhrt werden (ebenso LSG Baden-Württemberg, Urteil vom 18.07.2018 â∏∏ <u>L 7 AY 2834/15</u> â∏∏ juris Rn. 38). Dabei ist es in Bezug auf die Erfüllung der Vorbezugszeit wegen der materiellen Bindungswirkungen der Verwaltungsentscheidungen unerheblich, dass die verfügten Leistungseinschränkungen nach § 1a Nr. 2 AsylbLG (in der vom 1.9.1998 bis 28.2.2015 geltenden Fassung vom 25.8.1998) bereits mangels ernsthaften Bestrebens der AuslĤnderbehĶrde, den KlĤger in sein Heimatland zurückzuführen (zu diesem Erfordernis vgl. BSG, Urteil vom 12.5.2017 â∏